

Inhaltsübersicht

Vorwort	v
Inhaltsverzeichnis	xi
Abkürzungsverzeichnis	xxiii
Einführung	1
A. Problemstellung	1
B. Gang der Untersuchung	5
C. Eingrenzung des Themengebietes	6
Kapitel 1: Das Bedürfnis für eine Offenlegung von Beweismitteln im Rahmen der privaten Durchsetzung von Kartellschadensersatzansprüchen	7
A. Beweisführung, Darlegungs- und Beweislast als Herausforderung im Kartellschadensersatzprozess	7
B. Die Beweiserleichterungen und Beweishilfen im Kartellschadensersatzprozess und ihre Grenzen	33
C. Auswirkungen der Beweismöglichkeiten auf das Klagerecht Geschädigter und das Bedürfnis für Offenlegungsansprüche	59
D. Fazit	82
Kapitel 2: Der Konflikt mit dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen bei der Offenlegung von Beweismitteln im Kartellschadensprozess	83
A. Geschäftsgeheimnisse: Definition, Schutzbedürftigkeit und Verankerung im Recht	84
B. Geschäftsgeheimnisse im Kartellschadensersatzrecht	102

<i>C. Der Konflikt zwischen Offenlegungs- und Geheimhaltungsinteresse und Fazit</i>	118
Kapitel 3: Der konzeptionelle Ausgleich von Offenlegungs- und Geheimhaltungsinteresse	121
<i>A. Ausgangspunkt: Die effektive Offenlegung von notwendigen Beweismitteln unter Beachtung bestimmter Voraussetzungen</i>	122
<i>B. Ausnahme: Offenlegung mit Schutzmaßnahmen für Geschäftsgeheimnisse als Ausgleich zwischen Informations- und Geheimhaltungsinteresse</i>	123
<i>C. Ultima-Ratio-Situationen: die Rückausnahmen</i>	126
<i>D. Fazit</i>	133
Kapitel 4: Die Kartellschadensersatzrichtlinie	135
<i>A. Die Offenlegung von Beweismitteln</i>	135
<i>B. Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen</i>	171
<i>C. Stellungnahme zum Ausgleich von Offenlegungsinteresse und Geschäftsgeheimnisschutz</i>	181
<i>D. Fazit</i>	186
Kapitel 5: Die deutsche Umsetzung im GWB	187
<i>A. Die Offenlegung von Beweismitteln</i>	187
<i>B. Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen</i>	227
<i>C. Stellungnahme zum Ausgleich von Offenlegungsinteresse und Geschäftsgeheimnisschutz</i>	239
<i>D. Fazit</i>	244
Kapitel 6: Prozessualer Geschäftsgeheimnisschutz	247
<i>A. Mögliche Schutzmaßnahmen</i>	248
<i>B. Auswahl und Ausgestaltung konkreter Maßnahmen für den Einzelfall</i>	291
<i>C. Umsetzung in der Praxis des Kartellschadensersatzrechts</i>	294
<i>D. Fazit</i>	297

<i>Inhaltsübersicht</i>	IX
Kapitel 7: Privatautonome Regelungen	299
<i>A. (Prozess) Vereinbarungen zur autonomen Regelung des Geschäftsgeheimnisschutzes im Kartellschadensersatzprozess</i>	299
<i>B. Zulässige, zumindest teilweise Vermeidung der gesetzlichen Offenlegungsregeln</i>	301
<i>C. Fazit</i>	308
Zusammenfassung in Thesen	311
Literaturverzeichnis	317
Sachregister	345

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einführung	1
A. Problemstellung	1
B. Gang der Untersuchung	5
C. Eingrenzung des Themengebietes	6
Kapitel 1: Das Bedürfnis für eine Offenlegung von Beweismitteln im Rahmen der privaten Durchsetzung von Kartellschadensersatzansprüchen	7
A. Beweisführung, Darlegungs- und Beweislast als Herausforderung im Kartellschadensersatzprozess	7
I. Der Kartellschadensersatzprozess als Zivilprozess	8
II. Besonderheiten im Kartellschadensersatzprozess	9
1. Die Beweisführung des Geschädigten	9
a) Aktivlegitimation	9
b) Passivlegitimation	10
c) Der haftungsbegründende Tatbestand	11
aa) Der Kartellrechtsverstoß als Verletzungshandlung	11
bb) Die Rechtswidrigkeit	13
cc) Das Verschulden	13
dd) Die haftungsbegründende Kausalität	14
d) Der haftungsausfüllende Tatbestand	16
aa) Die Schadensentstehung	16
bb) Umfang und Berechnung des Kartellschadensersatzes	17
(1) Die Ermittlung des Preisüberhöhungsschadens	18

(2) Die Ermittlung des entgangenen Gewinns	21
(3) Zinsen	21
cc) Die haftungsausfüllende Kausalität	22
(1) Besonderheiten beim Anspruch der mittelbaren Abnehmer	22
(2) Besonderheiten beim Anspruch der Abnehmer von Kartellaußenseitern	23
dd) Der haftungsausfüllende Tatbestand als besondere Herausforderung	25
2. Die Beweisführung des Schädigers	27
a) Die Vorteilsausgleichung im Kartellschadensersatzprozess durch den Weiterwälzungseinwand	28
b) Das Mitverschulden, § 254 BGB	31
III. Zwischenergebnis	32
<i>B. Die Beweiserleichterungen und Beweishilfen im Kartellschadensersatzprozess und ihre Grenzen</i>	33
I. Die Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen	33
1. Der Anwendungsbereich der Bindungswirkung	33
2. Umfang und Grenzen der Bindungswirkung	36
3. Zwischenergebnis	39
II. Die sekundäre Darlegungslast für den Weiterwälzungseinwand	40
III. Beweislastumkehr für das Verschulden im Kartellschadensersatzrecht?	41
IV. Die Vermutungen und Anscheinsbeweise im Kartellschadensersatzprozess	41
1. Vermutungen	41
a) Die Schadensvermutung	41
b) Die Weiterwälzungsvermutung	44
2. Anscheinsbeweise	46
3. Zwischenergebnis	48
V. Schätzungen	48
1. Schadensschätzung	49
2. Schätzung der Weiterwälzung	52
3. Zwischenergebnis	52
VI. Beweiserleichterung für den entgangenen Gewinn (§ 252 S. 2 BGB)	53
VII. Beteiligung der Kartellbehörden am Zivilverfahren und deren Öffentlichkeitsarbeit	53
1. Die Kartellbehörden als <i>amicus curiae</i>	53
a) Die Beteiligung aus eigener Initiative	53
b) Die Beteiligung der Kartellbehörden infolge gerichtlichen Ersuchens	55

2. Die Veröffentlichung von Entscheidungen und weitere Öffentlichkeitsarbeit der Kartellbehörden	56
VIII. Zwischenergebnis	57
C. Auswirkungen der Beweismöglichkeiten auf das Klagerecht Geschädigter und das Bedürfnis für Offenlegungsansprüche	59
I. Die Informationsasymmetrie im Kartellschadensersatzrecht	59
1. Geheime Kartellabsprachen als Prototyp des Kartellrechtsverstoßes	60
2. Schwieriger Nachweis bei unzureichenden Beweiserleichterungen	61
3. Inhaber der notwendigen Beweismittel	62
a) Die jeweiligen Prozessgegner	62
b) Die sonstigen Dritten	63
c) Die Kartellbehörden	63
aa) Ermittlungsunterlagen	64
bb) Kronzeugenunterlagen	64
(1) Unternehmenserklärung	66
(2) Weitere Beweismittel	66
cc) Vergleichsausführungen	67
4. Zwischenergebnis	68
II. Die Gefährdung fundamentaler Rechte und Prinzipien durch die Informationsasymmetrie	69
1. Die effektive Durchsetzung des europäischen Kartellrechts	69
2. Das Kompensationsprinzip	70
3. Die prozessuale Waffengleichheit	71
4. Der effektive Rechtsschutz und die Justizgewährleistung	72
5. Zwischenergebnis	73
III. Lösung durch die Offenlegung von Beweismitteln	73
1. Keine bestehenden Offenlegungspflichten im allgemeinen deutschen Zivilprozess	73
2. Notwendigkeit der Offenlegung	75
3. Grundsätzliche Kritikpunkte	77
a) Widerspruch zum Geheimwettbewerb und zum Selbstständigkeitspostulat im Kartellrecht	77
b) Zivilprozessuale Systemfremdheit von Offenlegungsregeln	79
c) Sonderprozessrecht für Kartellrecht	80
d) Zwischenergebnis	81
D. Fazit	82

Kapitel 2: Der Konflikt mit dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen bei der Offenlegung von Beweismitteln im Kartellschadensprozess	83
A. <i>Geschäftsgeheimnisse: Definition, Schutzbedürftigkeit und Verankerung im Recht</i>	84
I. Begriff und Definition des Geschäftsgeheimnisses	85
1. Information	85
2. Unternehmensbezug	86
3. Nichtoffenkundigkeit	87
4. Geheimhaltungswille	90
5. Geheimhaltungsinteresse	91
II. Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit von Geschäftsgeheimnissen im Allgemeinen	92
1. Wert für das Unternehmen	92
2. Wettbewerbsrelevanz	93
III. Rechtliche Verankerung von Geschäftsgeheimnissen	95
1. Unionsrecht	95
2. Deutsches Recht	99
IV. Zwischenergebnis	102
B. <i>Geschäftsgeheimnisse im Kartellschadensersatzrecht</i>	102
I. Informationen, die einen Kartellrechtsverstoß belegen: Schutz von rechtswidriger Information als Geschäftsgeheimnis?	102
II. Geschäftsgeheimnisgegenstände im Kartellschadensersatzrecht	106
1. Geschäftsgegenstände im Allgemeinen	106
2. Benötigte Geschäftsgeheimnisgegenstände für den Kartellschadensersatzprozess	107
3. Persönliche Reichweite der Geschäftsgeheimnisse im Kartellschadensersatzprozess	110
a) Parteien im Kartellschadensersatzprozess	111
b) Dritte	111
c) Kartellbehörden	112
aa) Geschäftsgeheimnisse in Kronzeugenunterlagen?	112
(1) Unternehmenserklärung	112
(2) Sonstige Beweismittel	113
(3) Besondere Stellung von Kronzeugenunterlagen wegen Geschäftsgeheimnissen?	114
bb) Geschäftsgeheimnisse in Vergleichsausführungen?	116
4. Zeitliche Reichweite von Geschäftsgeheimnissen im Kartellschadensersatzprozess	116
III. Zwischenergebnis	117

<i>C. Der Konflikt zwischen Offenlegungs- und Geheimhaltungsinteresse und Fazit</i>	118
Kapitel 3: Der konzeptionelle Ausgleich von Offenlegungs- und Geheimhaltungsinteresse	121
<i>A. Ausgangspunkt: Die effektive Offenlegung von notwendigen Beweismitteln unter Beachtung bestimmter Voraussetzungen</i>	122
<i>B. Ausnahme: Offenlegung mit Schutzmaßnahmen für Geschäftsgeheimnisse als Ausgleich zwischen Informations- und Geheimhaltungsinteresse</i>	123
<i>C. Ultima-Ratio-Situationen: die Rückausnahmen</i>	126
<i>I. Verhältnismäßige Abwägung von Offenlegungs- und Geheimhaltungsinteresse</i>	127
<i>II. Offenlegung ohne Schutzmaßnahmen</i>	133
<i>III. Ausschluss der Offenlegung</i>	133
<i>D. Fazit</i>	133
Kapitel 4: Die Kartellschadensersatzrichtlinie	135
<i>A. Die Offenlegung von Beweismitteln</i>	135
<i>I. Richtlinienkonzept: Innerprozessuale Offenlegung</i>	136
<i>II. Die Voraussetzungen der Offenlegung von Beweismitteln</i>	138
1. Die Offenlegung vom Beklagten	138
a) Normalfall (Art. 5 Abs. 1 S. 1 KartSchRL)	138
aa) Antrag des Klägers mit substantierter Begründung und Plausibilität des Schadensersatzanspruchs	139
bb) Benennung der Beweismittel (Art. 5 Abs. 2 KartSchRL)	141
cc) Relevanz der offenzulegenden Beweismittel	142
dd) Verhältnismäßigkeit der Offenlegung (Art. 5 Abs. 3 KartSchRL)	143
b) Der mittelbare Abnehmer als Kläger (Art. 14. Abs. 1 letzter Hs. KartSchRL)	145
2. Die Offenlegung vom Kläger	147
a) Normalfall (Art. 5 Abs. 1 S. 2 KartSchRL)	147
b) Die Offenlegung vom Kläger für den Weiterwälzungseinwand (Art. 13 S. 2 KartSchRL)	148
3. Die Offenlegung vom Dritten	149
4. Die Offenlegung von Beweismitteln aus Akten der Wettbewerbsbehörde (Art. 6, 7 KartSchRL)	150

a)	Der Regelungsbereich von Art. 6 KartSchRL	150
b)	Die Ausnahmetatbestände des Art. 6 KartSchRL	151
aa)	Die graue Liste (Art. 6 Abs. 5 KartSchRL)	151
bb)	Die schwarze Liste (Art. 6 Abs. 6 KartSchRL)	153
(1)	Beweismittelarten im Sinne von Art. 6 Abs. 6 KartSchRL	154
(2)	Verfahren	157
cc)	Flankierende Regelung: Verwendungsbeschränkungen (Art. 7 KartSchRL)	158
dd)	Interne Unterlagen von Wettbewerbsbehörden (Art. 6 Abs. 3 KartSchRL)	159
c)	Regeln für offenlegbare Aktenbestandteile	160
aa)	Gegenstand der offenlegbaren Aktenbestandteile	160
bb)	Besondere Verhältnismäßigkeitsaspekte	161
III.	Anordnung und Rechtsfolgen der Offenlegung	162
IV.	Sonstige flankierende Regelungen	163
1.	Anwaltsprivileg (Art. 5 Abs. 6 KartSchRL)	163
2.	Anhörung (Art. 5 Abs. 7 KartSchRL)	164
3.	Sanktionen (Art. 8 KartSchRL)	164
4.	Zeitliche Anwendbarkeit (Art. 22 KartSchRL)	165
V.	Stellungnahme und Zwischenergebnis	165
1.	Offenlegungsregeln zur Überwindung der Informationsasymmetrie unter bestimmten Voraussetzungen und Terminologie	165
2.	Vereinfachte Substantiierung des Schadensersatzanspruches und Bezeichnung von Beweismitteln	167
3.	Fokus auf die Offenlegung von Wettbewerbsbehörden	169
4.	Flankierende Maßnahmen	170
B.	<i>Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen</i>	171
I.	Allgemeiner Geschäftsgeheimnisschutz durch das System der Offenlegung in der Richtlinie	171
II.	Einzelfallabwägung und Schutzmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 3, Abs. 4 KartSchRL	172
1.	Das System des Art. 5 Abs. 3 lit. c und Abs. 4 KartSchRL ...	172
2.	Die einzelnen Abwägungskriterien beim Vorliegen von Geschäftsgeheimnissen	176
3.	Die von der Richtlinie vorgesehenen Schutzmaßnahmen für Geschäftsgeheimnisse bei der Offenlegung (Art. 5 Abs. 4 S. 2 KartSchRL)	177
4.	Die Vertraulichkeitsmitteilung der Kommission	178
5.	Exkurs: Anwendbarkeit der Maßnahmen aus Art. 9 GGRL	179

III. Weitere flankierende Regelungen zum Geschäftsgeheimnisschutz	179
IV. Zwischenergebnis	180
C. Stellungnahme zum Ausgleich von Offenlegungsinteresse und Geschäftsgeheimnisschutz	181
I. Basisregelung durch die Richtlinienbestimmungen	181
II. Maßgebliche Kritikpunkte	182
1. Keine Definition von Geschäftsgeheimnissen	182
2. Fehlendes Zwischenverfahren	183
3. Unzureichende Schutzmaßnahmen für Geschäftsgeheimnisse bei ihrer Offenlegung	184
D. Fazit	186
Kapitel 5: Die deutsche Umsetzung im GWB	187
A. Die Offenlegung von Beweismitteln	187
I. Das Umsetzungskonzept	187
II. Der Anspruch auf Herausgabe von Beweismitteln und Erteilung von Auskünften (§ 33g GWB)	189
1. Die Angriffssituation (§ 33g Abs. 1 GWB)	189
a) Aktivlegitimation	189
b) Passivlegitimation	190
c) Bezug zum Schadensersatzanspruch	190
aa) Glaubhaftmachung	191
bb) Schadensersatzanspruch	192
d) Erforderliche Beweismittel zur Erhebung eines Schadensersatzanspruchs	193
e) Genaue Bezeichnung der Beweismittel	193
2. Die Verteidigungssituation (§ 33g Abs. 2 GWB)	194
3. Die Ausschlusstatbestände	194
a) Die schwarze Liste (§ 33g Abs. 4 GWB)	195
b) Die graue Liste (§ 33g Abs. 5 GWB)	195
c) Verhältnismäßigkeit (§ 33g Abs. 3 GWB)	196
4. Verweigerungsrechte (§ 33g Abs. 6 GWB)	197
5. Rechtsfolgen	197
a) Herausgabe von Beweismitteln	197
b) Erteilung einer Auskunft (§ 33g Abs. 10 GWB)	198
6. Isolierte, prozessuale Geltendmachung des materiell-rechtlichen Anspruchs	199
a) Besonderheiten für die Glaubhaftmachung	200
b) Aussetzung des Kartellschadensersatzprozesses	200

III. Innerprozessuale Offenlegung	201
1. Stufenklage	201
2. Die innerprozessuale Offenlegung über §§ 89b, 89d Abs. 4 S. 1 GWB	202
a) Besonderheiten für §§ 142, 422, 428, 429 ZPO	202
b) Zwischenurteil (§ 89b Abs. 3 GWB)	204
IV. Einstweiliger Rechtsschutz	205
V. Offenlegung aus Behördenakten (§ 89c GWB)	206
1. Das Vorlageersuchen (§ 89c Abs. 1 GWB)	206
a) Voraussetzungen	206
b) Rechtsfolge	208
2. Die Zugänglichmachung der Urkunden, Gegenstände und Auskunft des Vorlageersuchens (§ 89c Abs. 2 GWB)	209
a) Voraussetzungen des Antrags auf Zugänglichmachung	209
b) Verfahren der Zugänglichmachung	210
VI. Sonstige Verfahrensregelungen	211
1. Prüfverfahren bei Unterlagen der schwarzen Liste (§ 89b Abs. 8 GWB)	211
2. Beweisverwertungsverbote und Beweisregeln	212
a) Verwertungsverbot im Straf- und Ordnungswidrigkeitsprozess (§ 33g Abs. 9 GWB)	212
b) Beweismittel aus Akteneinsicht (§ 89d Abs. 1–3 GWB)	213
VII. Sonstige flankierende Regelungen	213
1. Aufwendungsersatz (§ 33g Abs. 7 GWB) und Kostentragung	213
a) Aufwendungsersatz und isolierte Offenlegung aus § 33g GWB	213
b) Kostentragung bei innerprozessualer Offenlegung	216
2. Sanktionen (§ 33g Abs. 8 GWB)	216
3. Zeitliche Anwendbarkeit (§ 186 Abs. 4 GWB)	217
VIII. Fortgeltung vorheriger Offenlegungsregelungen	218
IX. Stellungnahme und Zwischenergebnis	219
1. Das überschießende Umsetzungskonzept und die verfehlten materiell-rechtlichen Offenlegungsregeln	220
2. Aufbau und verwendete Terminologie der §§ 33g, 89b ff. GWB	223
3. Flankierende Maßnahmen	224
B. <i>Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen</i>	227
I. Verhältnismäßigkeit und Einzelfallabwägung (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 6 GWB)	228
II. Herausgabeverweigerungsrecht und Freigabeverfahren	229
1. Die Herausgabeverweigerung nach § 33g Abs. 6 GWB	230

2. Das Freigabeverfahren nach §§ 33g Abs. 6 S. 2, 3, 89b Abs. 6 GWB	231
a) Gegenstand des Freigabeverfahrens	231
b) Voraussetzungen und Ablauf des Freigabeverfahrens	232
III. Prozessualer Geheimnisschutz (§ 89b Abs. 7 GWB)	233
1. Grundregelung in § 89b Abs. 7 GWB a.F. (§ 89b Abs. 7 S. 1 GWB n.F.)	233
2. Änderungen der 10. GWB-Novelle: § 89b Abs. 7 S. 2 GWB n.F.	235
3. Exkurs: Kein allgemeiner Geheimnisschutz im deutschen Zivilprozessrech	236
IV. Geschäftsgeheimnisse und Offenlegung aus Behördenakten	238
V. Zwischenergebnis	238
C. <i>Stellungnahme zum Ausgleich von Offenlegungsinteresse und Geschäftsgeheimnisschutz</i>	239
I. Aufgreifen des Richtlinienkonzepts	239
II. Maßgebliche Kritikpunkte	239
1. Keine Definition von Geschäftsgeheimnissen	239
2. Fehlen einiger flankierender Regelungen	239
3. Sammelsurium aus Abwägung, Herausgabeverweigerung und Freigabeverfahren	240
4. Unzureichende Regelung des prozessualen Geheimnisschutzes nach § 89b Abs. 7 GWB	242
D. <i>Fazit</i>	244
Kapitel 6: Prozessualer Geschäftsgeheimnisschutz	247
A. <i>Mögliche Schutzmaßnahmen</i>	248
I. Einschränkende Bedingungen der Offenlegung durch Kompensation oder Sicherheitsleistung	248
1. Offenlegung gegen Kompensationszahlung	248
2. Offenlegung gegen Sicherheitsleistung	249
3. Zwischenergebnis	250
II. Modifizierung der offenzulegenden Beweismittel	250
1. Geschäftsgeheimnisse in nicht entscheidungserheblichen Teilen	251
2. Geschäftsgeheimnisse in entscheidungserheblichen Teilen	253
3. Zwischenergebnis	253
III. Ausschluss der Öffentlichkeit	254
1. Ausschluss der Öffentlichkeit nach deutschem Recht	254
2. Übertragung auf den Kartellzivilprozess	255

IV. Beschränkung des zur Kenntnisnahme berechtigten Personenkreises	256
1. Vorbilder	257
2. Grundsätzliche rechtliche Herausforderungen	258
3. Möglichkeiten der Ausgestaltung und ihre Bewertung	259
a) Der Einsatz eines Beweismittlers	259
b) Ein „ <i>In-camera</i> “-Verfahren: eine Offenlegung nur an das Gericht	262
aa) Rechtfertigung nach den Maßstäben aus der Rechtsprechung	262
(1) Grundrechtliche Ausgangssituation	263
(2) Entscheidungen des BVerfG	264
(3) Entscheidungen des EuGH	265
(4) Zwischenergebnis	265
bb) Übertragung auf den Kartellzivilprozess	266
cc) Zwischenergebnis	268
c) Der Anwaltvorbehalt	268
aa) Grundsätzliche Zulässigkeit vor dem Hintergrund des rechtlichen Gehörs und des Beibringungsgrundsatzes	269
bb) Bedenken aus der Natur des Anwalt-Mandanten-Verhältnisses	269
cc) Sonderproblem: Praktikabilität und Zulässigkeit des Düsseldorfer Verfahrens im Kartellzivilrecht	271
dd) § 89b Abs. 7 S. 1 GWB i.V.m. Art. 5 Abs. 4 S. 2 KartSchRL als gesetzliche Grundlage des Anwaltvorbehalts	273
(1) Das Bestimmtheitsgebot und der Vorbehalt des Gesetzes	274
(2) Auslegung zugunsten eines Anwaltvorbehalts	275
ee) Zwischenergebnis	279
d) Offenlegung an „ <i>Clean Teams</i> “ der Parteien und Vorbild des § 19 Abs. 1 S. 3 GeschGehG	279
e) Zwischenergebnis	282
V. Der Sachverständigeneinsatz zur Vorbereitung und Unterstützung	282
VI. Verschwiegenheitsverpflichtungen, Verwendungsbeschränkungen und ihre Sanktionierung	283
1. Verschwiegenheitsverpflichtungen	283
2. Verwendungsbeschränkungen	284
3. Weitere Sanktionen	285
4. Zwischenergebnis	286

VII. Verschluss der Gerichtsakten	286
1. Vorbilder	287
2. Zulässigkeit des vollständigen oder teilweisen Verschlusses der Gerichtsakten	287
3. Zwischenergebnis	288
VIII. Vertrauliche Fassung von Gerichtsentscheidungen	288
1. Modifikation der Gerichtsentscheidung für die Parteien	289
2. Veröffentlichung der Gerichtsentscheidung	290
3. Zwischenergebnis	291
IX. Zwischenergebnis zu den möglichen prozessualen Schutzmaßnahmen	291
<i>B. Auswahl und Ausgestaltung konkreter Maßnahmen für den Einzelfall</i>	291
<i>C. Umsetzung in der Praxis des Kartellschadensersatzrechts</i>	294
I. Anordnungen zum Geschäftsgeheimnisschutz bei der isolierten Offenlegung und in späteren Prozessstadien	295
II. Anordnungen zum Geschäftsgeheimnisschutz bei der innerprozessualen Offenlegung und in späteren Prozessstadien	296
<i>D. Fazit</i>	297
Kapitel 7: Privatautonome Regelungen	299
<i>A. (Prozess)Vereinbarungen zur autonomen Regelung des Geschäftsgeheimnisschutzes im Kartellschadensersatzprozess</i>	299
<i>B. Zulässige, zumindest teilweise Vermeidung der gesetzlichen Offenlegungsregeln</i>	301
I. Pauschalierte Schadensersatzklauseln	302
II. Vergleiche, Schiedsverfahren und andere Möglichkeiten alternativer Streitbeilegung	304
1. Außergerichtliche Vergleiche	304
2. Schiedsverfahren	306
<i>C. Fazit</i>	308
Zusammenfassung in Thesen	311
Literaturverzeichnis	317
Sachregister	345